

Presseerklärung der SchaLL.NRW vom 9. Februar 2017

TV-L-Tarifrunde 2017: SchaLL.NRW fordert Gleichstellungs-Tarifvertrag

Massive Kritik der angestellten Lehrkräfte an der TdL und den Gewerkschaften und Verbänden ver.di, GEW und dbb tarifunion.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“ bleibt die zentrale Forderung.

Die Schutzgemeinschaft angestellter Lehrerinnen und Lehrer (SchaLL.NRW) kritisiert massiv die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und die Gewerkschaften und Verbände in der aktuellen Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Länder.

Wenn ver.di, GEW und dbb tarifunion lediglich eine lineare – also prozentuale - Lohnerhöhung für alle Beschäftigten fordern, verschärfen sie die Diskriminierung der angestellten Lehrkräfte gegenüber den beamteten Kolleginnen und Kollegen.

„Angestellte Lehrkräfte verdienen monatlich ca. 500 Euro netto weniger als ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen und das bei gleicher Qualifikation und Leistung. Lineare Lohnforderungen für alle vergrößern die Einkommensschere“, so Ralf Heinrich, Landesvorsitzender von SchaLL NRW.

Die Einführung einer sechsten Entgeltstufe auch in den oberen Entgeltgruppen wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung, um die erheblichen Lohnunterschiede unter verbeamteten und tarifbeschäftigten Lehrer*innen abzumildern.

„Der Nettolohnverlust aller 40.000 angestellten Lehrkräfte in NRW beträgt 7,2 Milliarden Euro in 30 Dienstjahren. Ein absoluter Skandal!“ empört sich Rainer Lummer, stellvertretender Landesvorsitzender von SchaLL NRW.

SchaLL NRW fordert die TdL und die Arbeitnehmervertretungen ver.di, GEW und dbb-Tarifunion auf, für die bundesweit 200.000 angestellten Lehrer (davon 40.000 in NRW) einen **Gleichstellungstarifvertrag** abzuschließen, der folgende Punkte beinhaltet:

- eine Lehrkräfte-Entgeltordnung, die die Nettolohndiskriminierung nicht zementiert, sondern beseitigt
- eine Eingangseingruppierung der tarifbeschäftigten Erfüller*innen aller Schulformen mindestens in die Entgeltgruppe EG 14
- Höhergruppierung der im Dienst befindlichen tarifbeschäftigten Erfüller*innen aus EG 11 bis EG 13 mindestens in EG 14, Erfüller*innen aus EG 14 mindestens in EG 15 usw.
- faire Bezahlung und Perspektiven auch für Nicht-Erfüller*innen

Bitte wenden!

Tatsächlich ist die Diskriminierung wesentlich größer, wenn auch die Unterschiede im Ruhestand berücksichtigt werden.

Lohndiskriminierung hat ein langes Gedächtnis. Sie führt im Alter zu einer geringen Rente, die bis zu 1000 € unter der Pension eines vergleichbaren Beamten liegt. Für viele tarifbeschäftigte Lehrer*innen bedeutet das Altersarmut.

SchaLL NRW fordert ver.di, GEW und dbb tarifunion auf, der TdL (und allen Landesregierungen) die Stirn zu bieten und Gleichheitsgrundsätze, die z. B. in der Landesverfassung NRW verankert sind, endlich einzufordern.

„SchaLL NRW fordert die sofortige und wirkungsgleiche Übertragung der Beamtenbesoldung inklusive Altersversorgung auf alle 200.000 tarifbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland“, so Stefan Nierfeld, Landesvorstandsmitglied von SchaLL NRW.

KONTAKT:

Rainer Lummer

Pressesprecher der SchaLL.NRW

0171 - 7030438

rainerlummer@nordwiesen.de

www.schall.nrw